

# Abrechnung mit der „GroKo“

Allianz aus SPD und CDU erntet in Haushaltsdebatte heftige Kritik für Umgang mit kleinen Fraktionen

Von Alexander Heine

Kreis Unna. Haushaltsdebatten sind für gewöhnlich die Sternstunden der politischen Hauptlinge. Diese aber drohte fast schon zu einer Romanze zwischen Politik und Verwaltung zu werden. Bis die Kleinen am Zug waren. Allen voran teilte Maria Lipke kräftig aus.

Als Landrat Michael Makiolla gestern die Debatte eröffnete, war eigentlich klar: Inhaltlich wird es nicht allzu viel über den Haushalt 2016 zu sagen geben. So sehr haben sich Vertreter aller Couleur bereits auf die wirkungsorientierte Steuerung versteift, die ab 2016 eine haushalterische Wende einleiten soll. Maria Lipke, Vorsitzende der Fraktion von GfL/UWG, betitelte das Zahlenwerk im Verlaufe des Nachmittags als einen Übergangshaushalt. Zuvor waren jedoch die „Großen“ an der Reihe.

Und wer ihnen lauschte, bekam zunehmend den Eindruck, dass für diese Debatte ein Liebeschwur gilt. Dass allen voran das Polit-Duett aus Brigitte Cziesio (SPD) und Wilhelm Jasperneite (CDU) – abgesehen von ein paar wenigen Spitzen des Letzteren – die Verwaltung lobend erwähnen würde – klar. Wobei der CDU-Fraktionschef auch schon mal bisiger war; freilich vor der Kooperation mit den Sozialdemokraten im Kreistag. Als aber auch der sonst so streitlustige Herbert Goldmann (Grüne) als Dritter im Bunde wie von Amors Pfeil getroffen auf „gegenseitiges Vertrauen, Verständnis und das Nachvollziehen bestehender Abhängigkeiten“ in Bezug auf Kreisdirektor Dr. Thomas Wilk und dessen Mitarbeiterstab abhob, drohte das traditionelle Wortgefecht abzuweichen in einen merkwürdigen Flirt. In der Tat: Sonderschön viel Kritik musste die

Verwaltung auch in den folgenden Stunden nicht einstecken – womöglich zurecht, das soll gar nicht in Abrede gestellt werden. Letztlich drehte sich das Stimmungsbaremeter im Saal dann aber doch noch.

„Auch der Heilige Vater versank mal im finanziellen Chaos. Im Vatikan entdeckte man jüngst ein paar Hundert Millionen Euro auf verwahrlosten Konten.“

Maria Lipke, GfL/UWG-Fraktionsvorsitzende

Schon als Goldmann mit den Mitstreitern hart ins Gericht ging: „Wenn die Maxime ist, keinen Antrag der ‚Kleinen‘ im Kreistag zu behandeln und gegebenenfalls positiv zu bescheiden, ist das eine Bankrotterklärung im politischen Umgang.“ Auch Werner Sell (Die Linke) knüpfte sich die „GroKo“ vor.

dem gleichen Parteibuch so unqualifiziert diskreditieren lässt! Er erinnerte daran, dass CDU-Fraktionschef Wilhelm Jasperneite vor einem Jahr Verwaltungsvorstand und Landrat „ein stoisches Beharrungsverhalten“ vorwarf. „Seine Vorwürfe gipfelten in der Aussage: ‚Der mangelnde Handlungswille des Landrates ist eine Tragödie.‘“

Zum ganz großen Schlag aber holte Maria Lipke aus. Sie forderte zwar dazu auf, ihre Worte nicht allzu ernst zu nehmen. Doch Kritik war unüberhörbar: „Geld ist anscheinend völlig unberechenbar“, sagte sie mit Blick auf die Überschüsse der jüngsten Vergangenheit. „Nach neuesten Erkenntnissen ist es also so, dass man eins und eins überhaupt nicht mehr zusammenzählen kann.“ Beruhigend aus ihrer Sicht: „Auch der Heilige Vater versank mal im finanziellen Chaos. Im Vatikan entdeckte

man jüngst ein paar Hundert Millionen Euro auf verwahrlosten Konten.“

Und dann bekamen die Großen ihren Zorn zu spüren – insbesondere der avisierteren Sperrklausel für Kommunalparlamente wegen. Bekanntlich hatte der Kreistag Landrat Michael Makiolla damit beauftragt, sich für eine „moderate Drei-Prozent-Sperrklausel“ einzusetzen. Sie als Mitglied einer kleinen Fraktion habe inzwischen „immer mehr den Eindruck gewonnen, dass es im Vorfeld so viel imperative Vorabsprachen zwischen SPD und CDU und manchmal auch der Verwaltung gibt, dass die eigentlichen Entscheidungen nicht mehr im Kreistag getroffen werden müssen“, wettete Lipke. Auch die Liberalen fühlen sich offenbar ausgeschlossen: „Es ist nicht zielführend, mal eben unter sich ein paar Inhalte abzusprechen und vorschnell Teilziele zu formulieren, die dann dem Rest des Kreistags vorgelegt werden und als Richtschnur für das weitere Handeln dienen sollen“, so FDP-Fraktionschef Michael Klostermann insbesondere mit Blick auf die avisierteren wirkungsorientierte Steuerung. „Das ist nicht unser Verständnis für einen Prozess, der die Interessen möglichst vieler Beteiligter widerspiegeln soll.“

**HA** Mehr als gedruckt:  
**WR** So verlief die Sitzung: Lesen Sie den Liveticker zur gestrigen Kreistagssitzung bei uns im Internet unter [www.HAWR-digital.de](http://www.HAWR-digital.de)

## Hand in Hand durch die Krise

### Dank an Kommunen, Trägereinrichtungen und Ehrenamtliche

Die Haushaltsdebatte kommt in diesen Zeiten nicht umhin, auch die Flüchtlingsthematik aufzugreifen; zumal auf den Kreis spätestens mit dem Anspruch anerkannter Asylbewerber auf Hartz IV-Leistungen eine Kostenexplosion bei den Kosten der Unterkunft zukommt.

Kreisdirektor Dr. Thomas Wilk hatte den Haushalt bei dessen Einbringung vor diesem Hintergrund als Wun-

dertüte bezeichnet. Und auch in der gestrigen Haushaltsdebatte klang eine gewisse Ohnmacht durch vor dem Hintergrund der wenig planbaren Entwicklung. Neben der Feststellung, dass alle Akteure vor massiven gesellschaftlichen Herausforderungen stehen, formulierten die Redner immer wieder aber auch deutlich Lob für Kommunen, Trägereinrichtungen und Ehrenamtliche, die in

diesen Zeiten „grandioses geleistet“ hätten.

„Wenn die Flüchtlingskrise uns eins zeigt hat, dann doch wohl, dass vor Ort alle Hand in Hand zusammenarbeiten können und dass sich Politik, Verwaltung und bürgerschaftliches Engagement in vielen Fällen ergänzt“, so etwa die Einschätzung des Gruppensprechers der Piraten, Christian Roß.

Christian Roß (Piraten) zählt zu den Meilensteinen des Jahres die Umgestaltung der Förderschullandschaft, die Sanierungsmaßnahmen an Schulen, die Errungenschaften im Kulturbereich und den Beschluss, die wirkungsorientierte Steuerung einzuführen. „Wir haben schon betont, dass wir bereit sind, alte Strukturen aufzubrechen“, erinnerte Roß. Derweil unterstützten die Piraten den Ansatz, „das Plus von fünf Millionen aus dem Abschluss vom Vorjahr als Reserve vorzuhalten [...] für eine Situation, die noch niemand abschätzen kann. Der Kreis trägt ein Risiko, das er nicht im Vorfeld durch die Kommunen absichern lassen will“.